



EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**
Sitzungsdatum **6. Februar 2025, 17.00 Uhr - 19.40 Uhr**
Sitzungsort **Aula Schulhaus Zentrum**
Vorsitz **Bettina Beck Bertschmann**

Kontakt **Maya Niederberger**
Telefon **041 349 12 51**
E-Mail **maya.niederberger@horw.ch**

PROTOKOLL NR. 429

Anwesend	28 Einwohnerratsmitglieder	Entschuldigt	Schmidiger Julia, Die Mitte
	5 Gemeinderatsmitglieder		Schoch Francesca, FDP
	1 Gemeindeschreiber		Wiest Marc, Die Mitte
			(ab 17.40 Uhr anwesend)

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag Nr. 1758 Ausgabenbewilligung (Sonderkredit) für die externe Essenszubereitung für die Verpflegung der Tagesstrukturen Horw3
2. Fragestunde 12
3. Bericht und Antrag Nr. 1759 Abrechnung Sonderkredit Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld 12
4. Postulat Nr. 2024-787 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: E-Counting für die Auszählung der Stimmzettel prüfen 17
5. Postulat Nr. 2024-788 von Leo Camenzind, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Gemeindehausgärteli (Espenwäldli) aufwerten 18
6. Postulat Nr. 2024-790 von Christian Meyer, Die Mitte, und Mitunterzeichnende: Sicherer Einstieg Badeplatz Ennethorw (Seerosenweg) 19
7. Postulat Nr. 2024-791 von Leo Camenzind, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Geräte der Gemeinde komplett auf Elektro umstellen 21
8. Postulat Nr. 2024-792 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Prüfen, ob Fördergesuche für Energie in Horw über das Portal «Das Gebäudeprogramm» zu erfassen sind . 22
9. Dringliche Interpellation Nr. 2024-787 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Sichere Kindergartenwege für Horwer Kinder 23
10. Interpellation Nr. 2024-783 von Jonas Heeb, L20, und Mitunterzeichnenden: Preisgünstiger Wohnraum in Horw 23
11. Interpellation Nr. 2024-786 von Larissa Lehner, L20, und Mitunterzeichnenden: Trinkwasserqualität 24

Wechsel im Einwohnerrat

Julia Schmidiger, Die Mitte, wird unter Verdankung der geleisteten Dienste per 28. Februar 2025 als Mitglied des Einwohnerrats entlassen. Das neue Mitglied Hugo Glutz, Die Mitte, wird an der Ratssitzung vom 20. März 2025 vereidigt.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Schweigeminute

In den vergangenen Wochen haben wir drei geschätzte ehemalige Mitglieder unseres Einwohnerrats verloren:

- Olga Urfer-Leuenberger ist am 1. Januar 2025 im Alter von 95 Jahren verstorben.
- Klaus Bucher-Blättler ist am 12. Januar 2025 im Alter von 86 Jahren verstorben.
- Markus Amstutz ist am 14. Januar 2025 im Alter von 66 Jahren verstorben.

Alle drei haben mit ihrem Engagement und ihrer Arbeit bleibende Spuren hinterlassen und unser parlamentarisches Wirken mitgeprägt. Als Zeichen unseres Respekts und unserer Anerkennung bitte ich Sie nun, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

Repräsentationen

- 01.01.2025 Neujahrsapéro mit Anerkennungspreis für den Kunstmaler Franz Bucher
- 11.01.2025 Inthronisationsfeier Ernst II, Egli-Zunft Horw
- 29.01.2025 QV Oberdorf
- 31.01.2025 QV Felmis

Entschuldigungen

Julia Schmidiger und Francesca Schoch haben sich für diese Sitzung abgemeldet. Marc Wiest wird später eintreffen. Wir starten mit 27 anwesenden Einwohnerrats-Mitglieder.

Feststellungen gem. Geschäftsordnung ER

Die Einladungen wurden rechtzeitig versandt und die Akten termingerecht zugestellt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind somit verhandlungs- und beschlussfähig.

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 428 der Einwohnerratssitzung vom 21. November 2024 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt. Ich danke der Verfasserin Maya Niederberger für das Protokoll.

Einbürgerungen

Seit der letzten Einwohnerrats-Sitzung sind eingebürgert worden:

- BüDe-Sitzung vom 02.12.2024: 5 Personen
- BüDe-Sitzung vom 06.01.2025: 7 Personen

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung ist folgender Beschluss in Rechtskraft erwachsen:

- Bericht und Antrag Nr. 1757 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025

Neueingang Vorstösse

- 13. Dezember 2024: Dringliche Interpellation Nr. 2024-787 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Sichere Kindergartenwege für Horwer Kinder
- 21. Januar 2025: Postulat Nr. 2025-793 von Christian Meyer, die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Spiel und Bewegung für die Horwerinnen und Horwer
- 28. Januar 2025: Postulat Nr. 2025-794 von Larissa Lehner, L20, und Mitunterzeichnenden: Plastik-Recycling
- 4. Februar 2025: Motion Nr. 2025-330 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Planung Weiterentwicklung Schulanlage Allmend

- 4. Februar 2025: Interpellation Nr. 2025-788 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Naherholungs- und Freiraumkorridor Horw Zentrum
- 6. Februar 2025: Interpellation Nr. 2025-789 von Sofia Galbraith, L20, und Mitunterzeichnenden: Sicherheit der Hauptvelorouten in Horw verbessern

Über die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2024-787 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden, Sichere Kindergartenwege für Horwer Kinder, hat der Rat abzustimmen. Sofern die Dringlichkeit nicht bestritten ist, wird sie in die heutige Traktandenliste eingefügt.

**Dringliche Interpellation von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden:
Sichere Kindergartenwege für Horwer Kinder, Begründung Dringlichkeit**

Philipp Peter (L20)

Die Dringlichkeit hat sich zum Zeitpunkt der Einreichung aufgrund der Zeitlichkeit, der medialen Aufmerksamkeit und dem Baubeginn ergeben. Da die Interpellation bereits beantwortet ist, nehme ich an, dass die Dringlichkeit nicht bestritten wird und führe sie deshalb nicht weiter aus.

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht. Beantwortet ist sie schon, also steht dem nichts im Weg, dass wir diese heute behandeln und das Geschäft erledigen.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Da es keine Wortmeldungen mehr gibt, wird die Dringliche Interpellation als Traktandum 9 in die heutige Sitzung aufgenommen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

1. Bericht und Antrag Nr. 1758 Ausgabenbewilligung (Sonderkredit) für die externe Essenszubereitung für die Verpflegung der Tagesstrukturen Horw

Eintreten GPK

Die GPK hat am 28. Januar 2025 den B+A Nr. 1758 Ausgabenbewilligung für die externe Essenszubereitung für die Verpflegung der Tagesstrukturen Horw besprochen.

Lukas Bucher (L20)

Die Evaluation der verschiedenen Optionen hat gezeigt, dass die externe Essenszubereitung eine wirtschaftliche und nachhaltige Lösung für die Verpflegung der Tagesstrukturen darstellt. Die aktuelle Infrastruktur und die personellen Ressourcen stossen an ihre Grenzen, sodass eine dezentrale oder zentrale Eigenproduktion hohe Investitions- und Betriebskosten mit sich bringen würden. Die öffentliche Ausschreibung wurde nach klar definierten Kriterien durchgeführt und hat mit der Menu and More AG einen erfahrenen und etablierten Anbieter hervorgebracht, der bereits in mehreren Gemeinden erfolgreich tätig ist. Auch aus ökologischer Sicht konnte das Angebot überzeugen. Die Lösung ermöglicht Flexibilität, eine hohe Qualität der Mahlzeiten sowie eine nachhaltige Beschaffung und Produktion. Die Budgetierung ist nachvollziehbar, und die geplanten Mehrkosten sind vertretbar. Die GPK bedauert es aber, dass keine vertiefte Abklärung mit der HSLU stattfand. Jedoch ist der Vertrag mit der Menu and More AG befristet und kann je nachdem gekündigt und neu ausgeschrieben werden.

Aus diesen Gründen empfiehlt die GPK, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintreten BGSK

Carla Hool (FDP)

Die BGSK hat den B+A Nr. 1758 betreffend dem Sonderkredit für die externe Essenszubereitung für die Verpflegung der Tagesstrukturen in Horw anlässlich ihrer letztwöchigen Sitzung eingehend beraten. Uns wurde anlässlich der Sitzung ausführlich und nachvollziehbar dargelegt, weshalb der Status quo mit der dezentralen Selbstzubereitung der Mahlzeiten an den einzelnen Standorten an seine Grenzen stösst – insbesondere aufgrund der stets steigenden Nachfrage, aber auch infolge der hohen Hygiene-

standards, die es einzuhalten gilt – und somit eine neue Lösung gefunden werden muss. Ebenso wurde uns eingehend erklärt, weshalb die Menu and More AG im Rahmen des Submissionsverfahrens mit ihrer Offerte am meisten überzeugt hat.

Die BGSK erkennt die Notwendigkeit einer neuen Lösung für die Essenszubereitung in den Tagesstrukturen. Sie bedauert allerdings sehr, dass sie nicht bereits früher in den Entscheidungsprozess miteinbezogen wurde und betreffend der Frage, ob die Essenszubereitung extern vergeben werden sollte, nicht um Stellungnahme ersucht worden ist. Zu bemängeln ist zudem, dass im B+A Nr. 1758 nur unzureichend dargelegt wurde, weshalb nach Ansicht des Gemeinderates die externe Essenszubereitung und Vergabe an die Menu and More AG für Horw die beste Lösung ist respektive weshalb eine eigene «Horwer Lösung» - insbesondere aus finanzieller Sicht - nicht empfehlenswert ist.

Auch wenn aus emotionaler Sicht zu bedauern ist, dass der Entscheid gegen eine «Horwer Lösung» gefallen ist, erachtet eine Mehrheit der BGSK die externe Vergabe an die Menu and More AG, welche mit der Essenszubereitung für Tagesstrukturen viel Erfahrung aufweist, zurzeit als die beste Lösung. Damit kann eine qualitativ gute und bedürfnisgerechte Verpflegung der Kinder sichergestellt werden. Teilweise wurde jedoch bemängelt, dass der Gemeinderat nicht mehr Mut und Initiative gezeigt hat, um eine «Horwer Lösung» zu finden und damit insbesondere auch die Wertschöpfung in Horw zu behalten. Jedenfalls sollte in spätestens drei Jahren die Sachlage neu evaluiert und Alternativen erneut geprüft werden.

Die BGSK ist somit mehrheitlich für die im B+A Nr. 1758 beantragte Erteilung des Sonderkredits.

Eintreten Die Mitte/GLP

Die Fraktion Die Mitte/GLP hat an ihrer letzten Fraktionssitzung von vergangener Woche ebenfalls den B+A Nr. 1758 Ausgabenbewilligung (Sonderkredit) für die externe Verpflegung der Tagesstrukturen Horw beraten.

Daniela Luthiger-
Stocker (Die Mitte)

Im dem uns vorliegenden B+A beantragt und begründet der Gemeinderat von Horw die Ausgabenbewilligung (Sonderkredit) von 4.25 Mio. Franken für die externe Essenszubereitung der Tagesstrukturen. Nach eingehender Prüfung des B+A Nr. 1758 und aller Fakten aus den vorbereitenden Kommissionen kam auch unsere Fraktion zum Schluss, dass wir die Bewilligung der Ausgaben für die externe Essenszubereitung für die Verpflegung der Tagesstrukturen Horw einstimmig unterstützen werden.

Die Tatsache, dass aufgrund der steigenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen und der damit verbundenen Essensversorgung die bisherige dezentrale Selbstzubereitung nicht mehr tragbar sei, wurde glaubwürdig vorgebracht. Wir waren insbesondere auch davon überzeugt, dass der externe Anbieter Menu and More AG eine nachhaltige, wirtschaftliche und qualitativ hochwertige Lösung darstellt. Im Vergleich zur bisherigen dezentralen Versorgung haben uns folgende Argumente am meisten überzeugt:

- Flexibles Bestellsystem, angepasst an die Bedürfnisse der verschiedenen Standorte. Dabei können weiterhin Menüs individuell zusammengestellt werden.
- Hohe Liefersicherheit mit garantierter Lebensmittelhygiene, Risikoreduzierung für Allergiker und eine garantierte hohe Qualität des Essens.
- Reduzierte Personalverwaltung, da der externe Anbieter die Verantwortung für Koch- und Lieferpersonal übernimmt. Den eigenen Mitarbeitenden ermöglicht es vor allem eine vermehrte Konzentration auf die pädagogische Betreuung des Mittagstisches.

Unsere Fraktion kommt zum Schluss, dass diese Punkte gegenüber den wenigen Argumenten der bisherigen dezentralen Essensversorgung überwiegen – namentlich sind

das zum Beispiel die Förderung der Identifikation der Mitarbeitenden bei der Zubereitung oder auch die Schaffung der Möglichkeit, dass Kinder dabei mitwirken können. Wir sind zudem der Ansicht, dass das zentrale Kochen in der Küche der Horwerhalle kaum überzeugende Vorteile hätte. Nicht abzusprechen ist dieser Variante jedoch der kurze Transportweg zur Verteilung des Essens. Der lange Anfahrtsweg des Anbieters Menu and More AG aus Zürich sieht unsere Fraktion als problematisch an. Natürlich hätten wir einen Anbieter aus der Region bevorzugt. Mangels lokaler Angebote fällt dies jedoch ausser Betracht. Unter Abwägung der Argumente sieht unsere Fraktion dennoch überwiegende Vorteile in der Vergabe an die externe Verpflegungsfirma, namentlich an die Menu and More AG.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um das bisherige Engagement der Mitarbeitenden der Tagesstrukturen Horw hervorzuheben und zu würdigen. Die stark gestiegene Kinderzahl stellt die Mitarbeitenden vor grosse Herausforderungen, insbesondere auch in der Essensversorgung. Trotz begrenzter Ressourcen setzen sie sich mit grossem Engagement für eine gesunde und bedarfsgerechte Verpflegung ein. Sie bewältigen täglich die logistischen, hygienischen und ernährungsbezogenen Anforderungen und stellen das Wohl der Kinder stets in den Mittelpunkt. Ihr unermüdlicher Einsatz und ihre Flexibilität verdienen höchste Anerkennung, denn ohne sie wäre die Umsetzung der Tagesstrukturen in dieser Form nicht möglich.

Abschliessend ist zu erwähnen, dass unsere Fraktion, Die Mitte/GLP, unter Punkt 4.2 Basis Externer Auftrag gemäss Zuschlag Ausschreibung, einen Antrag auf Bemerkung machen wird. Trotz der Mehrkosten von 1.67 Franken pro Mittagessen zum bisherigen Angebot von 6 Franken empfehlen wir dem Gemeinderat, die Tarifstrukturen zu überprüfen. Grund ist, dass der gemeinderätliche Beschluss über Elternbeiträge für schulergänzende Angebote letztmals im 2011 angepasst wurde.

Wir sind für Eintreten und Zustimmung des B+As Nr. 1758.

Eintreten L20/Junge L20

Eliane Nater (L20)

Auch wir haben den B+A Nr. 1758 in unserer Fraktion intensiv diskutiert. Grundsätzlich sind wir dem B+A gegenüber eher kritisch eingestellt. Einerseits, weil er uns tendenziös verfasst erscheint, andererseits in Bezug auf seine Auswirkungen. Wer für den Beschluss stimmt, sagt nämlich ja zu folgenden Punkten:

- Die gesamte Wertschöpfung wird von Horw abgezogen, das Horwer Gewerbe wird nicht berücksichtigt.
- Anstatt dass die Kinder von den Tagesstrukturen erleben, wie Essen von Bezugspersonen frisch gekocht wird, bekommen sie fixfertige Mahlzeiten, die in Plastikboxen verpackt per Strassentransport von weither geliefert werden. Die Kinder bekommen weder Einblick in Wertschöpfungsketten noch in handwerkliche Abläufe bei der Essenzubereitung, was ein Werteverlust zu Gunsten von Effizienz bedeutet.

Aber gleichzeitig erkennen wir den Handlungsbedarf in der aktuellen Verpflegungssituation der Tagesstrukturen, auch wenn unsere Recherche gezeigt hat, dass nicht alle Standorte die Dringlichkeit einer Veränderung gleich bewerten. Wir erkennen, dass ein Systemwechsel in der Essenzubereitung aus qualitativen und ressourcentechnischen Gründen durchaus sinnvoll ist, wir haben bereits einige Beispiele gehört von meinen Vorrednerinnen. Da es 5 vor 12 scheint und andere Lösungsvarianten wie z.B. ein zentralisiertes professionelles Kochen eine längerfristige Strategie und Planung erfordern würde, stützt unsere Fraktion die externe Essenzubereitung. Dies auch, weil die Wahl des Anbieters Menu and More AG uns ebenfalls überzeugt, insbesondere aufgrund ihrer Vorreiterrolle in ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit und – wie es Daniela Luthiger auch schon gesagt hat – auch weil das Unternehmen ein Höchstmass an Flexibilität bei der Menügestaltung bietet.

Mit der Annahme des Berichts ist für uns das Thema «Essenszubereitung in den Tagesstrukturen» aber vor allem aufgrund der zwei anfangs genannten Punkte noch nicht abgeschlossen. Wir betrachten die Auftragsvergabe an die Menu and More AG lediglich als eine Übergangslösung zur kurzfristigen Stabilisierung der Situation. Mit einem Antrag fordern wir deshalb einen zeitnahen Bericht, der die Vor- und Nachteile des Systemwechsels aus der Perspektive insbesondere der Kinder, der Erziehungsberechtigten und der Mitarbeitenden beleuchtet. Die Schulanlage Allmend ist noch lange nicht abschliessend gestaltet und der Schulalltag kann sich verändern, zum Beispiel, falls auch in Horw die Tagesschule eingeführt würde. Deshalb sind wir überzeugt, dass eine professionelle Essenszubereitung vor Ort weiterhin als Option in Betracht gezogen werden muss – für eine erhöhte lokale Wertschöpfung, für eine hohe Ernährungsqualität, für mehr Gemeinschaftssinn und eine stärkere lokale Verankerung. Einmal mehr würde sich für Horw da eine Chance bieten, eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Ein weiterer und letzter Punkt ist für uns elementar: Gemäss den Berechnungen im B+A werden die Kosten bei der externen Essenszubereitung pro Menu als höher eingeschätzt als bisher. Für uns steht fest, dass anfallende Mehrkosten keine Auswirkungen auf die finanzielle Beteiligung der Eltern haben dürfen. Die Erziehungsberechtigten sind nicht in die Entscheidung für den Systemwechsel einbezogen worden, so darf der Systemwechsel für sie auch nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung führen.

In diesem Sinne dankt die L20/Junge L20-Fraktion den Beteiligten für die Erstellung des B+As und ist für Eintreten und Beschluss.

Eintreten FDP

In einer Zeit, in der Qualität und Vielfalt in der Ernährung immer wichtiger werden, ist es entscheidend, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern ein gesundes und schmackhaftes Mittagessen bieten. Die Vergabe an eine erfahrene Firma ermöglicht es uns, von deren Expertise und Ressourcen zu profitieren. Das sind zuerst einmal die sachlichen Argumente, die für die Annahme des Sonderkredites für die externe Essenszubereitung sprechen. Die Essenszubereitung für die Horwer Lernenden kann aber nicht nur sachlich angegangen werden. Es betrifft die Schülerinnen, Schüler, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, uns als Eltern oder vielleicht sogar als Grosseltern. Darum ist dieser B+A auch in unserer Fraktion intensiv diskutiert worden.

Yvonne Lindegger-
Glauer (FDP)

Die Schwachstellen im heutigen System - da sind wir uns, so glaube ich, alle einig - sind gross. Über viele Jahre haben engagierte Gemeindemitarbeitende unseren Schülerinnen und Schülern mit viel Aufwand das Mittagessen zubereitet. Dass diese immer grösser werdenden logistischen Aufgaben nicht mehr selbstständig bewältigt werden können, ist anhand der steigenden Anzahl von Mahlzeiten deutlich erkennbar. Eine umfassende Betrachtung von verschiedenen Optionen haben uns im B+A auch gefehlt. Dabei vermissten auch wir vor allem eine detaillierte Abklärung zu den Kosten einer zentralen Küche mit ausgebildetem Personal. Wenn nun heute der Einwohnerrat die Annahme des Sonderkredits bewilligt, führt dies dazu, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tagesstrukturen vermehrt auf ihre Kernaufgaben, nämlich die pädagogische Betreuung der Kinder, konzentrieren können. Damit werden aber auch Ressourcen frei, die bisher für die Menüplanung, zum Einkaufen, Rüsten und Kochen benötigt wurden. Wir bitten somit den Gemeinderat, dass er diese freiwerdenden Ressourcen sorgfältig überprüft, evaluiert und wenn notwendig, entsprechende Massnahmen einleitet.

Mit dem neuen System der Firma Menu and More AG kostet neu das Mittagessen 8.39 Franken. Das sind Mehrkosten von 1.67 Franken pro Mittagessen gegenüber der heutigen Variante. Da die Beitragskosten fürs Mittagessen, nicht erst wie gesagt seit 2011, sondern bereits seit 2009 konstant bei 6 Franken blieben und nie eine

Preisanpassung für das Mittagessen vorgenommen wurde, bitten wir den Gemeinderat, die Elternbeiträge zu überprüfen und gegebenenfalls moderat anzupassen.

«Die einzige Konstante im Leben ist die Veränderung». Das gilt fürs Schuljahr 2025/26 neu auch für die Essenzubereitung der Tagesstrukturen in Horw. Wir hoffen, dass sich die Lernenden und Mitarbeitenden schnell an diese Veränderung anpassen können und der Mehrwert dahinter erkennen und schätzen lernen.

Die FDP ist einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1758 und für die Annahme des Sonderkredits über 4.25 Mio. Franken.

Eintreten SVP

Hans Stampfli (SVP)

Auch unsere Fraktion hat den B+A Nr. 1758 eingehend beraten. Uns hat die Professionalität, Effizienz und das gesunde Kochen der Menu and More AG überzeugt. Wir bezahlen als Gemeinde nur für die bestellten Essen. Was machen wir zum Beispiel mit einer Küchenmannschaft während den Ferien? Die kochen nichts und kosten trotzdem weiter. Zudem wäre es nötig, zum Beispiel in der Horwerhalle, eine teure Infrastruktur bereitzustellen. Wäre es uns als Gemeinde überhaupt möglich, allen Sonderwünschen, wie Allergien, vegetarisch, vegan, etc. nachzukommen? Mit einem Koch würde das kaum reichen. Durch die Vergabe an die Menu and More AG sollten sich die Lehrpersonen mehr um die pädagogische Seite kümmern können. Was den Anfahrtsweg betrifft: So werden von der Menu and More AG bereits Essen nach Emmen und Kriens geliefert, da wird der Umweg über Horw kaum mehr ins Gewicht fallen, als wenn wir selbst die Verteilung von einer zentralen Küche die dezentralen Standorte beliefern müssten.

Wir haben auch die Mehrkosten pro Mahlzeit kritisch hinterfragt und denken, wenn wir die gleiche Qualität wie die Menu and More AG anbieten wollen würden, wir teurer abschneiden würden, als das uns die Menu and More AG offeriert hat. Wie bereits erwähnt, stammt der Beschluss Nr. 867 aus dem Jahre 2009. Mit diesen Elternbeiträgen ist es heute schon schwierig, das Budget einzuhalten, denn viele Zutaten wurden in den letzten 15 Jahren sicher nicht günstiger.

Alles in allem überzeugt uns die Evaluation der Menu and More AG, sodass wir einstimmig für Eintreten und die Ausgabenbewilligung sind.

Stellungnahme Gemeinderat

Gaudenz Zemp (FDP)

Herzlichen Dank für die sehr klaren und auch gut nachvollziehbaren Voten und Statements im Eintreten. Einleitend fasse ich die Position des Gemeinderates kurz zusammen und gehe nachher auf das eine oder andere Votum ein.

Zuerst das grosse Bild der Tagesstrukturen. Wir erleben hier eine unglaublich schnelle und auch eine sehr grundlegende Entwicklung in diesem Bereich. Und ich glaube, wir sind uns einig, dass das aber auch gewollt und nötig ist, wenn wir Familie und Beruf wirklich in Einklang bringen wollen, da spielen die Tagesstrukturen eine ganz zentrale Rolle. Man muss sehen: im Jahr 2014 hat noch jede zehnte Schülerin oder Schüler das Angebot genutzt. Inzwischen sind wir in der Primarschule bei 55 Prozent. Das heisst, von einem Exotikum, die Tagesstrukturen zu nutzen, ist es heute zunehmend Standard. Wir haben eine ganz andere Ausgangslage. Mit dem intensiveren Nutzen geht aber auch ein Anspruch daher, das zu professionalisieren. Auf der einen Seite sieht man das beim Programm. Die Zeit, in der die Kinder dort sind, hat man früher einfach in diesem Sinne ausgehalten und gewartet, bis es durch war. Da geht man jetzt immer mehr in Programme hinein und versucht, die Zeit dort auch zu nutzen, zum Beispiel Richtung Integration, Sprache oder Bewegung. Es ist deshalb auch sehr sinnvoll, dass man in Horw die Tagesstrukturen zu den Schulen genommen hat. Wir haben

dort inzwischen einen sehr intensiven Austausch zwischen Schulen und Tagesstrukturen und das werden wir in Zukunft noch besser nutzen können.

Auch bei der Qualifizierung der Betreuungspersonen werden wir einen grossen Wandel erleben. Das ist im Moment noch ein sehr niederschwelliges Angebot auf dem Arbeitsmarkt, aber da wird es zunehmend mehr an Ausbildung brauchen. Da gibt es kantonale Bestrebungen, hier auch mehr einzufordern, wie die Leute in diesen Tagesstrukturen ausgebildet sind. Das geht auch in die Räumlichkeiten hinein, wenn man diese besser nutzen will, wird es auch gewisse Anpassungen geben. Und ein - das letzte Element - ist die Verpflegung, und darüber reden wir heute. Das sehen wir in einem Gesamtkontext und bei der Verpflegung - weniger bei den Räumen oder auch bei der Qualifikation - haben wir in Horw ein Problem. Wir haben einerseits die ganzen Lebensmittelvorschriften, welche wir einhalten müssen. Zum Beispiel Kühlketten, die Hygiene vor Ort und auch die Abläufe, wo wir keine hohe Professionalisierung haben. Wir haben die ganzen Stellvertretungen bei Krankheiten, bei Ferien und auch bei Fluktuationen nicht zum Griff. Zudem haben wir eine Infrastruktur, welche effektiv am Anschlag und zum Teil auch stark veraltet ist. Und das alles führt dazu, dass wir - und das ist auch die Überzeugung der Leitung der Tagesstrukturen - nicht die Qualität haben, die wir haben sollten. Im Moment haben wir acht, manchmal neun Standorte, in denen einzeln geplant und eingekauft wird. Das heisst, wir haben eine sehr dezentrale Struktur und haben auch sehr grosse Gefälle unter diesen Standorten. Wir haben keinerlei Synergie- oder Skaleneffekte, welche wir nutzen. Und Sie müssen sehen, wenn Sie zu dem Preis, den wir aktuell haben, kochen müssen, dann gehen Sie nicht bio/regional einkaufen, sondern dann ist der Griff von den Personen, welche einkaufen gehen, sehr schnell bei M-Budget- oder Aldi- und Lidl-Produkten. Man darf nicht meinen, wir seien heute eine Bio-Verpflegungs-Gemeinde, sondern es sieht ganz anders aus. Und wenn der Zeitdruck hoch ist, dann greift man auch schnell mal zur Fertigsauce. Es ist aber gleichzeitig so, dass sich die Leute vor Ort wirklich Mühe geben und sehr engagiert sind. Aber es sind die Rahmenbedingungen, welche unglaublich schwierig sind. Wenn wir die Küchen anschauen gehen, dann sind diese wahrscheinlich vergleichbar mit den Küchen, welche wir zu Hause haben. Und in diesen Küchen für 40 Personen zu kochen mit der Qualität, welche wir einfordern, und dann noch den einen oder anderen Allergiker zu berücksichtigen, das ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben hier einen Handlungsbedarf, und das habe ich aus den Voten herausgenommen, dieser ist auch nicht bestritten.

Die Gemeinde hat im Jahr 2022 mit der Evaluation gestartet und in einem mehrstufigen und intensiven Prozess geprüft, welche optimalen Möglichkeiten es gibt. Es gibt drei Wege, welche wir hätten gehen können. Der erste Weg war, weiter wie bisher dezentral an diesen Orten selbst zu kochen und dort zu investieren und die Infrastruktur und Prozesse auf Vordermann zu bringen. Der zweite war, zentral zu kochen und dort gab es wieder zwei Möglichkeiten: es entweder selbst machen oder durch einen externen Partner. Der erste Weg - dezentral wie bisher - hat man relativ rasch verworfen, weil professionell mit acht Köchen vor Ort, die notwendigen Infrastrukturen schaffen, das wäre am Ende des Tages der Aufbau eines zu teuren und völlig unflexiblen Apparates geworden, ohne Synergien. Das wollten alle im Projekt rasch verwerfen, obwohl das absolut auch gewisse Sympathien genossen hat. Nachher ging es darum, ob man zentral in der Horwerhalle oder in einem Schulhaus kocht, oder ob man das einem externen Partner gibt. Vom Meccano her ist es nicht mehr ein grosser Unterschied, ob man das zentral in Horw kocht oder in Spreitenbach im Aargau. Aber man muss einfach sehen, es ist dann die Gemeinde, wir als Verwaltung, gegen hochspezialisierte Unternehmen/Firmen, welche unglaubliche Skaleneffekte haben, welche massiv besser einkaufen können. Das hat man miteinander vergleichen müssen - das hat man gemacht - und dort hat man gesehen, dass wir massiv höhere Kosten bei tieferer Qualität hätten. Wir hätten auch ökologisch keinen Vorteil, der Foodwaste nimmt eher ab bei solchen Firmen. Und sie sind wirklich sehr beeindruckend, sehr ökologisch

organisiert. Der Transport, und das kommt künftig nicht aus Zürich wie es in der LZ ge-
heissen hat, sondern aus Spreitenbach im Kanton Aargau, sie zügeln. Das wird von
dort nach Horw geliefert und wie es Hans Stampfli schon gesagt hat, beliefert die
Menu and More AG auch bereits Kriens, Emmen und die Stadt Luzern. Das heisst, für
sie ist das einfach eine Schlaufe nach Horw, das ist vergleichbar, wie wenn man aus
der Horwerhalle heraus liefern würde. Der Leitung der Tagesstrukturen und dem Ge-
meinderat ist das Risiko, das man hat, gross erschienen. Einerseits bezüglich der In-
vestitionen, die man machen müsste, und wenn man dann nach drei Jahren merkt,
dass es so nicht geht, drauf sitzt, auf einer so teuren Küche oder auch wenn man z.B.
Salmonellenfälle oder einen Allergieschock, zum Beispiel bei Nussallergie, hat. Das
kann zum Teil sehr akut sein und das ist ein nicht zu unterschätzendes Risiko, welches
man hat. Pädagogisch muss man sehen: wenn wir in der Horwerhalle kochen, sind die
Kinder auch nicht dabei beim Kochen. Im Moment muss man sehen, in diesen Schul-
häusern sind das keine Schulküchen, in welchen man die Kinder gross involvieren
kann, wenn sie am Mittag kochen wollen. Das sind Kleinstküchen, in welchen man für
40 Personen kochen muss, das muss «Tempo Teufel» gehen. Das kleine Mitschaffen
beim Mittagessen vor Ort wurde bereits jetzt gemacht und wird auch in Zukunft ge-
pflegt, indem man zum Beispiel das Thema essen/kochen/verpflegen beim Znüni und
Zvieri von 09.00 Uhr bis 16.00 Uhr in den Tagesstrukturen anbietet. Dass das Essen
eine pädagogisch wertvolle Sache ist, ist unbestritten. Das macht man heute schon
und kann man auch in Zukunft machen.

Dann kam die ganze Phase, in welcher wir gesagt haben, wir gehen Richtung externer
Partner, in welcher wir ausgeschrieben haben, wir haben uns durch externe Spezialis-
ten unterstützen lassen. Am Schluss hatten wir ein klares Resultat mit der Firma Menu
and More AG. Eine tolle Firma mit besten Referenzen aus den Nachbargemeinden.
Sie haben sich durchgesetzt und entsprechend stellen wir jetzt auch diesen Antrag auf
die Finanzierung.

Ich möchte noch ein, zwei Worte sagen zum B+A. Wir haben da vielleicht verpasst, die
ausführlichen Abklärungen, welche wir gemacht haben, sichtbarer zu machen, wie
Analyse, Beratung, Besichtigungen. Gleichzeitig stelle ich mich und der Gemeinderat
als Gesamtes auch auf den Standpunkt, dass es sich um ein operatives Geschäft han-
delt. Am Ende des Tages ist es eine Sache des Gemeinderates, wie das Essen ge-
macht wird. Es ist der Sonderkredit, welcher in den Einwohnerrat gelangt, weil er be-
stimmte Summen überschreitet, über die wir nicht selbst entscheiden können. Aber
trotzdem: es ist klar, wir hätten dort von unserer Seite aus besser arbeiten können. Am
Ende des Tages müssen Sie doch die 4 Mio. Franken freigeben und dann möchte man
ja wissen, wofür das ist. Es hat gewisse Mankos gegeben, das müssen wir auf unsere
Kappe nehmen. Auch der Vergleich zwischen «selbst machen» und «extern geben»
hätte man noch besser machen können, da mussten wir in den Kommissionen BGSK
und GPK nachbessern. Ich glaube, so habe ich es in den Diskussionen erlebt, es ist
dann schon klar geworden, dass wir seriös und sauber gearbeitet haben.

Im B+A ist noch ein sehr ärgerlicher Fehler passiert: den Kündigungstermin haben wir
auf Ende eines Jahres drin, es ist aber das Ende eines Schuljahres. Das heisst, der
erste Kündigungstermin wäre im Sommer 2028. Da ist uns ein ärgerlicher Fehler pas-
siert und dafür entschuldigen wir uns.

Jetzt noch zu zwei, drei Statements, die ich aus den Eintreten wahrnehmen durfte. Zu-
erst zur BGSK wegen dem früheren Einbezug. Das habe ich soeben erwähnt, am
Ende des Tages ist es ein Geschäft, für welches der Gemeinderat verantwortlich ist.
Es gibt keine Pflicht, den Einwohnerrat in einem früheren Stadium einzubeziehen. Aber
ein gewisser Austausch und eine Echogruppe ist sicher nutzbar, das haben wir letztes
Mal in der BGSK so besprochen, dass ein Einbezug in früheren Phasen durchaus
möglich ist. Das ist auch in unserem Interesse, wenn man das nachher nicht im

Nachgang machen muss, sondern die Überlegungen in der Frühphase mitgenommen werden können. Mitgenommen zu werden kann auch Ihnen, nicht nur dem Gemeinderat, helfen. Eine eigentliche Verpflichtung hat es von uns aus gesehen in der frühen Phase nicht gegeben und dann erst recht nicht während dem Ausschreibungsverfahren. Das ist eine öffentliche Ausschreibung, die ganz klare Regeln hat und da kann man auch nicht informieren, wo man genau steht oder welcher Anbieter besser sein könnte. Das ist schlussendlich klar geregelt und da sind uns die Hände gebunden.

Zum Mut und Initiativen, die genannt wurden, da muss ich sagen, dass wenn wir als Gemeinde gegen Menu and More AG antreten wollen, dann müssten wir schon ein wirkliches kerngesundes Selbstvertrauen haben. Das ist eine hoch spezialisierte Firma, welche nichts anderes macht und die wirklich anspruchsvollen Prozesse im Griff hat. Und wir als Gemeinde, welche keinerlei Kompetenzen hat und da aus der Horwerhalle heraus einen Apparat aufziehen wollen, das wäre jetzt nicht mutig gewesen, sondern einfach falsch und deshalb haben wir uns auch dagegen entschieden. Der Transportweg - das habe ich bereits angesprochen - das kam von Die Mitte/GLP, das ist für uns eine Gesamtsicht. Ich kann nicht garantieren, dass Kriens und Emmen auch noch in den nächsten Jahren Kunde sind. Aber die Situation wird bis auf die nächsten Jahre hinaus so sein, dass das Essen sowieso geliefert wird. Und nachher ist das noch ein kleiner Weg hin bis zu uns. Die ganze Prüfung der Gebühren, auch pauschalisieren, das haben wir auf dem Radar, das haben Diverse so gesagt und das nehmen wir auf.

Dann ist es mir wichtig – das habe ich auch schon vorhin gesagt - das hat Die Mitte noch einmal betont: das Engagement der Mitarbeitenden. Das haben wir auch auf dem ganzen Weg allen immer verdankt. Wir haben wirklich geschaut, dass wir die Leute mitnehmen. Es ist aber so - wie es häufig ist in solchen Sachen - dass nicht alle begeistert sind von einer solchen neuen Lösung. Es ist auch wieder eine Änderung. Gewisse, welche das über Jahre gemacht haben, bekommen jetzt vielleicht auch eine andere Funktion, und das ist auch mit gewissen Verunsicherungen verbunden. Aber die Leitung der Tagesstrukturen und wir vom Gemeinderat sind überzeugt, wenn man den Wandel gemacht und sich das eingeschwungen hat, dann werden die allermeisten in den Tagesstrukturen finden, dass dies der richtige Weg war. Dann noch zur FDP: freie Ressourcen einsetzen. Das sind wir aktuell am Prüfen. Die Einführung ist im Sommer auf das neue Schuljahr geplant. Und wenn wir heute den Entscheid haben, gehen wir umgehend daran, vertieft zu prüfen, wie das organisiert wird.

Das ist zusammengefasst die Haltung des Gemeinderats und noch eine kleine Replik auf Ihre Worte.

Detailberatung Bericht und Antrag

4.2 Basis Externer Auftrag gemäss Zuschlag Ausschreibung

Hier kommt der Antrag der Die Mitte/GLP. Heute habe ich gehört, dass die einen sich für keine Erhöhung der Kosten aussprechen, die anderen finden eine Überprüfung aufgrund der gestiegenen Kosten notwendig. Der formulierte Antrag lässt beides offen.

Daniela Luthiger-
Stocker (Die Mitte)

Antrag auf Bemerkung der Die Mitte/GLP, S. 8

«Der gemeinderätliche Beschluss über die Elternbeiträge für schulergänzende Angebote wurde letztmals im Jahr 2011 angepasst. Wir legen dem Gemeinderat nahe, diesen Beschluss im Hinblick auf die Veränderungen, die seither stattgefunden haben, zu überprüfen.»

Wir möchten Ihnen sehr beliebt machen, diesen Antrag abzulehnen. Es ist ganz entscheidend, dass die Preise für den Mittagstisch tief bleiben. Und ja, es ist nicht

Philipp Peter (L20)

unendlich viel mehr, was das wahrscheinlich ausmachen würde. Und ja, man hat das einige Jahre nicht angepasst. Wir sind im Moment auch sehr günstig, aber in Kürze wird beispielsweise die Stadt Luzern den Preis auf 5 Franken senken. Ich möchte auch noch auf das eingehen, was Herr Zemp gesagt hat, dass man für diesen Preis natürlich nicht Bio einkaufen kann. Das ist völlig klar und das ist auch gar nicht der Anspruch. Es geht nicht darum, dass man einen kostendeckenden Beitrag von den Eltern verlangt, sondern es ist ein symbolischer Betrag und das wird es immer bleiben und das wird immer von der Gemeinde subventioniert werden müssen. Und warum? Weil wir wollen, dass die Kinder über den Mittag a) betreut sind und b) etwas Anständiges und etwas Gesundes zu essen bekommen, damit die Eltern einer Berufstätigkeit nachgehen können, was unserer Gemeinde schlussendlich wieder zugutekommt. Darum bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen und vorderhand bei dem zu belassen und erst einmal Erfahrungen zu sammeln, ob wir überhaupt zufrieden sind mit dem Essen, mit dieser neuen Ausgangslage, mit dieser neuen Liefervariante.

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der Die Mitte/GLP, S. 8:

«Der gemeinderätliche Beschluss über die Elternbeiträge für schulergänzende Angebote wurde letztmals im Jahr 2011 angepasst. Wir legen dem Gemeinderat nahe, diesen Beschluss im Hinblick auf die Veränderungen, die seither stattgefunden haben, zu überprüfen.»

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Dem Antrag wird mit 17:10 Stimmen zugestimmt.

5 Finanzierung

Eliane Nater (L20)

Antrag auf Bemerkung der L20/Junge L20, S. 8

«Bis Ende 2026 wird dem Einwohnerrat ein Bericht (mit Einbezug aller Beteiligten, mindestens Eltern, Kinder, Mitarbeitende) über die externe Essenszubereitung durch «Menu and More AG» vorgelegt.»

Es macht Sinn, relativ schnell, nicht erst bei Vertragsablauf in drei Jahren, zu evaluieren, sondern früher zu überprüfen, ob das die beste Lösung ist.

Aus unserer Sicht ist dieser Termin zu einer Unzeit. Wir führen das ein auf Sommer 2025 und im Sommer 2026 haben wir das erste Jahr hinter uns. Das ist ein radikaler Wandel vom jetzigen System zu einem ganz neuen. Und es würde mich sehr erstaunen, wenn wir im ersten Jahr nicht die eine oder andere Kinderkrankheit hätten. Darum glaube ich nicht, dass wir es nach dem ersten Jahr evaluieren sollten, sondern dass wir uns noch Zeit lassen sollten. Wir sind mit dieser Firma drei Jahre gebunden, wir haben einen Vertrag, der drei Jahre läuft und erst nachher können wir kündigen. Wenn wir Ende 2026 feststellen würden, dass es nicht gut läuft, dann würde man sicher etwas korrigieren, aber aussteigen könnten wir nicht. Wir würden beliebt machen, das eher erst auf Ende 2027 anzuschauen, dann können wir das evaluieren und dann könnten wir auch kündigen auf den Sommer 2028. Das wäre für uns ein sinnvollerer Termin.

Gaudenz Zemp (FDP)

Ich empfehle Ihnen dringend, diesen Vorschlag abzulehnen. Wir können nicht einen B+A mit Einbezug von Kindern und Eltern verlangen. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat nach Ablauf von diesen drei Jahren, in denen die Menu and More AG uns die Essen liefert, zum Beispiel eine Umfrage machen wird bei allen Beteiligten, wie sie damit zufrieden sind. Und wenn es in drei Jahren darum geht, den Sonderkredit wieder bewilligen zu lassen für die Zukunft oder allenfalls einen Wechsel zu einer anderen Dienstleistung zu veranlassen, dann kann man uns nachher die Ergebnisse dieser Analyse oder dieser Befragung mitteilen. Das reicht.

Jürg Biese (FDP)

Wir haben die Argumentation von Herrn Zemp verstanden und würden zustimmen, den Antrag abzuändern auf Ende 2027. Herr Biese, es macht Sinn, wenn man nach drei

Eliane Nater (L20)

Jahren kündigen kann, das ein bisschen früher zu evaluieren und nicht erst dann, wenn der Vertrag weiterlaufen müsste. Es braucht genug Handlungsspielraum, eventuell eine andere Lösung zu finden. Es ist klar, dass nicht einfach die Eltern, Kinder und Mitarbeitende direkt in den B+A hineinfliesen, sondern dass natürlich eine Evaluation stattfindet mit den Beteiligten, die dann in den Bericht hineinfliesen.

Ich bin der Meinung, dass dieser Bericht unnötig ist. Ich würde dem Gemeinderat das Vertrauen geben. Man hat jetzt die Evaluation gemacht, man hat eine Firma ausgesucht, bei der man davon ausgeht, dass sie das kann. Wenn es nicht mehr gut läuft, würde der Gemeinderat sicher Massnahmen ergreifen. Und ich glaube nicht, dass es der Job des Einwohnerrates ist, in dieser Form über die Essenszubereitung der Tagesstrukturen mitzubestimmen. Ich würde da die Kompetenz dem Gemeinderat überlassen und mache beliebt, den Antrag abzulehnen.

Stefan Maissen (FDP)

Abstimmung Antrag auf Bemerkung der L20/Junge L20, S. 8:

«Bis Ende 2027 wird dem Einwohnerrat ein Bericht (mit Einbezug aller Beteiligten, mindestens Eltern, Kinder, Mitarbeitende) über die externe Essenszubereitung durch «Menu and More AG» vorgelegt.»

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Der Antrag wird mit 10:17 Stimmen abgelehnt.

6 Würdigung

Die L20/Junge L20 hat zwar keinen Antrag auf Bemerkung, aber ich würde trotzdem gerne zumindest eine Bemerkung machen. Wir sind der Meinung, dass der letzte Satz im ersten Abschnitt ein bisschen unglücklich formuliert ist. Es heisst hier *«auch Kinder mit vegetarischen Essensgewohnheiten und/oder Allergien finden im Angebot passende hochwertige Optionen.»* Erstens ist eine Allergie keine Essensgewohnheit und zweitens ist es einfach nicht mehr zeitgemäss, davon auszugehen, dass es Standard ist, dass alle Kinder Fleisch essen und wenn es sogenannte Ausnahmen gibt, dass das dann Veggies sind. Es gibt zum Beispiel auch Kinder, die aus religiösen Gründen bestimmte Sachen nicht essen können oder es gibt auch Kinder, das hat sogar Herr Stampfli erwähnt, welche sich bewusst vegan ernähren wollen. Besser wäre es vielleicht gewesen zu sagen, dass ein externer Partner diverse Essensgewohnheiten und Bedürfnisse abdecken kann. Das wäre vereinfacht ausgedrückt, würde aber alles einrespektive nichts ausschliessen, wie es aktuell der Fall ist.

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Abstimmung Beschluss:

Die Ausgabenbewilligung (Sonderkredit) für die externe Essenszubereitung von Fr. 4'250'000.00 (inkl. MWST) für die Verpflegung der Tagesstrukturen Horw wird einstimmig mit 27 Stimmen erteilt.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

2. Fragestunde

-

3. Bericht und Antrag Nr. 1759 Abrechnung Sonderkredit Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld

Eintreten GPK

Die GPK hat den B+A Nr. 1759 an ihrer Sitzung vom 28. Januar 2025 beraten. An der Sitzung ebenfalls anwesend waren der Gemeinderat Thomas Zemp und die Projektleiterin Rebecca Bauch.

Frank Matter (L20)

Mit dem B+A wird der vom Einwohnerrat am 30. Juni 2022 gesprochene Sonderkredit über 3.25 Mio. Franken für den Neubau eines Doppelkindergartens mit Kindertages-

stätte neben dem Kirchfeld abgerechnet. Der Neubau konnte im Juni 2024 an das Sicherheitsdepartement übergeben werden, am 24. August 2024 fand die Eröffnungsfeier statt.

Wie der Gemeinderat im B+A berichtet, hatte sich der Bauablauf verzögert, war aber ansonsten problemlos und unfallfrei verlaufen. Aus finanzieller Perspektive erschwerend kamen während des Bauverlaufs der deutliche Anstieg der Baupreisteuerung sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer hinzu. Der notwendige Kostenrahmen erhöhte sich dadurch um rund 272'000 Franken. Nach Berücksichtigung der Teuerung und der MWST-Erhöhung bleibt letztlich eine Kreditüberschreitung von 33'178.08 Franken, was gut einem Prozent des Sonderkredits entspricht. Sowohl über die Kreditüberschreitung als auch über die Abweichungen in den verschiedenen Arbeitsgattungen haben die anwesenden Thomas Zemp und Rebecca Bauch ausführlich Bericht erstattet.

Mit dem Entscheid der Projektverantwortlichen, das Gebäude im Minergie P-Standard, statt in Minergie P ECO zu erstellen, ist die GPK einverstanden, hätte dies doch übermässige und ungeplante Mehrkosten zur Folge gehabt. Ebenso begrüsst die GPK den Entscheid, die geplante PV-Anlage auf die maximal mögliche Ausnutzung zu vergrössern. Zwar verursachte die Erstellung der Baupiste einen beachtlichen Mehraufwand, dafür wird diese nun von der Kirchfeld AG für ihre Bauvorhaben übernommen und nach Abschluss zurückgebaut. Auch die anderen Kostenabweichungen sind für die GPK mit den Schilderungen der Anwesenden nachvollziehbar.

Die GPK dankt dem Gemeinderat und den Verantwortlichen für die erfolgreiche Umsetzung des Bauprojektes. Sie empfiehlt dem Einwohnerrat, auf den B+A einzutreten und die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Eintreten BVK

Reto Eberhard (SVP)

Die BVK hat am 27. Januar 2025 den B+A Nr. 1759 Abrechnung Sonderbaukredit Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld besprochen und diskutiert. Dabei sind doch einige Fragen und Unklarheiten aufgetaucht. Die massive Teuerung von über 10 Prozent haben zu reden gegeben, sowie auch die Teuerungsberechnung in der Ausschreibung. Ebenso der Bereich unter Punkt 6, Begründung Kostenabweichungen. Da sind einerseits die grösseren Kosten der Baupiste - wie wir schon gehört haben - zu Sprache gekommen. Natürlich sind die gewissen Synergien mit dem Kirchfeld durchaus positiv. Auch hier ist aber eine faire Abschätzung der gegenseitigen Abrechnung erwünscht. Was aber unter BKP 236 IT-Hardware und Lizenzen und unter BKP 901 Monitor Screens mit dem Bau des Doppelkindergartens zu tun haben, ist für die BVK nicht ganz klar gewesen. Auf Rückfrage konnten diese Fragen geklärt werden. Es ist aber unklar, ob bei einem Bauprojekt nur der Bau oder auch das Mobiliar im Kostenvoranschlag enthalten ist oder sein sollte. Die BVK wünscht in Zukunft eine bessere Absprache und Klarheit im Bereich der Ausschreibung für Bauten und eine klare Ausweisung, ob mit oder ohne Mobiliar.

Die BVK ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1759 und für die Genehmigung des Sonderkredits für den Doppelkindergarten.

Eintreten Die Mitte/GLP

Christian Meyer
(Die Mitte)

Die Mitte/GLP-Fraktion hat den B+A Nr. 1759 anlässlich ihrer Fraktionssitzung besprochen und über Folgendes diskutiert. Grundsätzlich ist die Abrechnung klar und verständlich wiedergegeben. Folgende Punkte wurden besprochen: die Teuerung erscheint zuerst eher hoch, ist jedoch korrekt nach dem Schweizerischen Baupreisindex wiedergegeben. Die Planungsaufwendungen von 40'000 Franken für die Abklärungen des Minergie P ECO-Standards erscheinen eher als hoch, wurde dieser ja gar nicht umgesetzt. Entsprechend hätte früher entschieden werden können, dass die Aufwendungen für diesen Standard zu hoch sind und die Planung hätte früher gestoppt

werden müssen. Der Begriff Mehraufwand für Installationsflächen und Zufahrt von 40'000 Franken verwirrt. Da jedoch der Rückbau und die Entsorgung durch die Kirchfeld AG erfolgt, konnten so Synergien genutzt werden. Wieso bei einer Baukostenabrechnung Mobiliar und IT-Anlagen eingerechnet werden, erscheint uns als nicht ganz klar. Hinzu kommt, dass dies im KV nicht eingerechnet worden ist, nun aber in der Abrechnung drin ist. Entsprechend bitten wir, diese Bemerkungen beim nächsten KV und bei der nächsten Abrechnung zu berücksichtigen. Erfreulich ist zu hören, dass das Angebot der Kita oder des Kindergartens auch direkt von den Mitarbeitern des Kirchfelds genutzt wird und somit kurze Wege stattfinden können.

Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des B+As Nr. 1759 und sind für Eintreten und Genehmigung.

Eintreten L20/Junge L20

Maline Zimmermann
(Junge L20)

Die L20/Junge L20-Fraktion hat die Abrechnung an ihrer Fraktionssitzung letzte Woche besprochen. Wir haben sowohl Lob als auch Kritik für die Abrechnung. Wie wir bereits in der Planung des Projekts gesagt haben, wäre unser Wunsch ein vollständiger Holzbau gewesen. Das ist in dem Projekt leider nicht umgesetzt worden. Aber wir freuen uns im Gegenteil sehr, dass das Allmendschulhaus jetzt als vollständiger Holzbau realisiert werden sollte. So kann die Gemeinde ihrem Nachhaltigkeitsziel einen Schritt näherkommen. Dabei ist es besonders wichtig, dass man sich an die eigenen Vorgaben hält und nicht während der Umsetzung nach und nach diese Vorgaben abbauen muss. Ebenfalls kritisiert wurde das Sicherheitskonzept mit der Baustelle, die daneben ist. Ich bin im Herbst an dem Kindergarten vorbeigejoggt. Da habe ich den Kindergarten angeschaut und gesehen, dass der Aussenraum des Kindergartens und der Kita eher klein ist und dass sie darauf angewiesen sind, den Spielplatz des Kirchfelds nutzen zu können. Dieser ist wegen der Baustelle noch nicht vorhanden. Insbesondere enttäuscht war ich, dass ich in der Luzerner Zeitung lesen musste, dass die Sicherheit für die Kinder auf dem Weg zum Kindergarten nicht gewährleistet werden konnte. Darum bin ich extrem froh, dass die Sicherheit inzwischen gewährleistet werden kann und ich hoffe, dass dies in Zukunft ab Eröffnung einer Baustelle möglich ist, insbesondere im Umkreis eines Kindergartens oder einer Kita. Aber das Projekt hat durchaus auch Lob verdient. So sind wir von der L20/Junge L20 sehr glücklich, dass das ganze Dach mit Solaranlagen gedeckt werden konnte. Solaranlagen bringen einerseits Einnahmen für die Gemeinde und andererseits sind sie eine Quelle für nachhaltige Energie. Ebenfalls loben wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Kirchfeld. Insgesamt bewerten wir das Projekt als gelungen und hoffen, dass auch das Allmendschulhaus so gelingen kann.

In dem Sinne sind wir für Eintreten auf den B+A und für die Annahme des Sonderkredits.

Eintreten FDP

Ramon Bisang (FDP)

Mit dem Kindergarten beginnt für viele Kinder die schöne Zeit der Volksschule. Daher ist es wichtig, dass die Kinder ein pädagogisch wertvolles Umfeld erhalten. Eine Ablösung der beiden Kindergärten Hofmatt und Neumatt ist nach rund 50 Jahren notwendig. Der fertiggestellte Bau entspricht dem, was der Rat im B+A Nr. 1699 dem Gemeinderat aufgetragen hat. Die Kosten entsprechen dem der Teuerung adjustierten Budget. Die Mehrkosten sind erklärbar und zum Teil - wie bei der PV-Anlage - auch wertsteigernd. Eine detaillierte Ausweisung der Minderausgaben wäre wünschenswert gewesen. Aus finanzieller Sicht ist für uns wichtig festzuhalten, dass die Kosteneinsparungen beim Kindergarten Neumatt und die Mieteinnahmen bald, respektive schon erfolgen. Weiter möchten wir dem Gemeinderat anregen, bei zukünftigen grösseren Bauprojekten zu prüfen, die Teuerung nicht vertraglich auszuschliessen. So kann ein fairerer Vertrag gegenüber den Bauunternehmungen erreicht werden.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A, sowie für die Genehmigung der Abrechnung des Sonderkredits.

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion hat von der Abrechnung Sonderkredit Kenntnis genommen. Auch uns sind die starken Zusatzkosten, insbesondere die Teuerung von über 10 Prozent bis zur Realisierung, aufgefallen. Ebenso die Zusatzkosten, welche es zur Erstellung der breiteren Baupiste und den Wendepplatz rund ums Pflegeheim gegeben hat. So gibt es unvorhersehbare Umstände bei einer Baustelle und deshalb ist es auch positiv zu erwähnen, dass man Synergien und eine längerfristige Lösung gefunden hat mit der Kirchfeld AG betreffend Weiternutzung und Rückbau. Zum Bericht und Antrag möchten wir vor allem etwas anregen, es wurde auch bereits genannt, dass nämlich in den nächsten Abrechnungen besser ausgewiesen wird, was zu einem Gebäude gehört und was Inventar ist. Eine möglichst klare und einheitliche Abgrenzung von dem, was Inventar ist und was zum Gebäude gehört, dient der genaueren BKP-Berechnung und es dient politisch der Transparenz. Das ist auch für die Schulbehörden und Verwaltungen wichtig und verpflichtend. Unter dem Strich ist zwar der gesamte Kredit aufgebraucht worden, jedoch im Verhältnis zur Gesamtsumme eher geringfügig überschritten und daher erübrigen sich weitere kritischen Worte. Vielmehr freuen wir uns an einer zeitgerechten, zeitgemässen Realisierung des Infrastrukturbaus.

Reto von Glutz (SVP)

Die SVP kann also die Abrechnung genehmigen und spricht sich für das Eintreten auf den B+A aus.

Stellungnahme Gemeinderat

Danke für Ihre Eintretensvoten. Es wurde eigentlich schon alles gesagt zu diesem Doppelkindergarten. Zusammengefasst kann ich sehr gerne sagen, dass wir vom Gemeinderat an diesem neuen Doppelkindergarten mit der Kita Freude haben. Es ist ein recht schlichter, funktionaler Bau, den wir dort machen konnten, an einer einmaligen Lage. Wer dort oben in den Kindergarten gehen darf, oder wer von Ihnen vielleicht an der Eröffnung war, hat miterleben können, welche grandiose Aussicht man von dort hat. Es ist ein gelungenes Bauwerk, von welchem wir überzeugt sind, dass es sich auch gut in die Gesamtüberbauung integrieren wird, welche das Kirchenfeld jetzt dran ist, zu erstellen.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Die kritischen Worte betreffend was gehört zum KV und was nicht, diese nehme ich gerne mit. Es wurde aber auch damals schon ausgewiesen, dass wir gesagt haben, wir kaufen kein neues Mobiliar. Der Plan war, dass wir das Mobiliar der beiden Kindergärten übernehmen. Das hat sich dann nicht so entwickelt, weil die Kindergartenplanung bzw. der Bedarf an Kindergärten sehr volatil ist. Es ist so, dass der Pavillon Hofmatt halt immer noch nicht leer ist. Und es ist auch so, dass er zwar jetzt dann abgebaut wird, weil man dort Bohrungen für das Energiefeld für die Heizung des Hofmatts machen muss. Man hat jetzt einen Mietvertrag mit der Kirche gemacht, weil man sieht, dass man im Hofmatt auch mittelfristig noch einen weiteren Kindergarten braucht. Was will man machen, wenn das Mobiliar nicht zur Verfügung steht: wir mussten Neues beschaffen. Da kann man nur noch diskutieren, ob es über die laufende Rechnung beim Immobilienbudget oder über ein Projekt läuft. Grundsätzlich sind wir schon der Meinung, wenn man das gewusst hätte, gehört die Ausrüstung schon zu einem Schulhaus. Wir können nicht einfach ein Schulhaus hinstellen, zum Beispiel ein neues Allmendschulhaus, und sagen, es hat keine Möbel drin. Irgendwie muss es bezahlt werden und es stellt sich die Frage, ob es schlau ist, wenn man es über die laufende Rechnung oder über den Investitionskredit bezahlt. Das Gleiche gilt auch für die Basisinfrastruktur, welche man IT-mässig in einem Gebäude braucht. Die ganze WLAN-Vernetzung gehört aus unserer Sicht klar zum Gebäude. Wir können auch nicht sagen, die Wasser- oder Stromleitungen gehören nicht dazu. Der Grund, weshalb wir es nicht

im Kredit drin hatten ist, dass die Praxis früher eine andere war. Wenn es um die IT-Ausrüstung des Gebäudes geht, bestimmt unsere Informatik – und das ist auch sinnvoll - was es braucht. In früheren Jahren hat man das tatsächlich einfach über das Informatikbudget laufen lassen, aber eigentlich gehört das zur Grundausrüstung eines Gebäudes.

Was die Bemerkungen wegen der Schulwegsicherheit betrifft, da kommen wir nachher noch eingehend darauf zurück. Aber Frau Zimmerman, das hat nichts mit dem Bau der Kita/des Doppelkindergartens zu tun, sondern das hat mit dem Bau des Kirchfelds zu tun, welcher gerade läuft. Das kann man nicht in diesem Projekt versorgen, aber wir haben ja die dringliche Interpellation von Philipp Peter, welche wir bereits beantwortet haben. Danke für Ihre Voten und ich bin gespannt auf die Detailberatung.

Detailberatung Bericht und Antrag

2.2 Teuerungsberechnung

Ich erlaube mir hier noch einmal eine Bemerkung betreffend der Teuerungsabrechnung anzubringen, welche ich bereits in der BVK gemacht habe und die auch Herr Bisang im Eintreten der FDP erläutert hat. Worum geht es? Der Gemeinderat macht in der Abrechnung des Sonderkredits eine Teuerung geltend für die Zeitspanne vom KV bis zur mittleren Vergabezeitdauer an die verschiedenen Unternehmungen. Mit den Unternehmungen schliesst man aber nachher die Teuerung aus. Ich erlaube mir, das zu kommentieren und ich verheere es nicht, dass ich das auch als Vertreter einer Bau-firma und eines Baumeisterverbandes mache. Es gibt eine KBOB, eine Empfehlung, respektive eine Norm, welche Teuerungsabrechnungen mit den Unternehmern vorsehen. Das Problem ist, dass die Unternehmer, wenn sie während der Ausführungszeit keine Teuerung geltend machen dürfen, zu Spekulationen verleitet werden. Genau gleich rechnet der Gemeinderat auch nicht bereits beim KV eine Teuerung hoch oder nimmt eine an, weil er sagt, er weiss ja noch nicht, wie die Teuerung eintreten wird. Und mit dem gleichen Problem sind die Unternehmungen, wenn sie anbieten, konfrontiert. Entweder nehmen sie etwas an, was die Teuerung angeht, oder sie spekulieren, oder sie lassen sie unter dem Marktdruck weg. Aber das ist als Vergabestelle, als öffentliche Hand, gegenüber den Unternehmungen nicht fair, wenn man so die Teuerung dann wegbedingt. Darum möchte ich anregen, dass man in Zukunft bei Projekten in diesen Grössenordnungen auch eine Teuerungsabrechnung von Seiten der Gemeinde für die Unternehmungen während der Ausführung vorsieht. Es tut in der Abrechnung nichts zur Sache, man kann die Teuerung genau gleich ausweisen, wie es vom Gemeinderat gemacht wird zwischen dem Vergabezeitpunkt und dem KV. Da kann man nachher die eingetretene Teuerung in der Ausführungszeit aufrechnen und gibt sich in dem Sinn das Budget auch, damit man deswegen am Schluss die Kosten nicht überschreitet.

Jürg Biese (FDP)

Die GPK diskutierte die Einmalvergütung von Pronovo für die PV-Anlage, welche auf das Dach gestellt wurde. Sie fanden, dass die 2'360 Franken ein etwas tiefer Betrag sei. In der Diskussion waren wir der Meinung, dass es wahrscheinlich trotzdem stimmt. Im Anschluss haben wir es abgeklärt, es stimmt nicht. Wir werden für die PV-Anlage – Stand heute - 11'305 Franken bekommen. Der Betrag von 2'360 Franken ist der, den wir anfänglich ausgewiesen hatten, auch beim Kreditantrag und im B+A. Und dieser hat einen Zusammenhang mit der ursprünglich minimalen Grösse dieser Photovoltaik-Anlage. Wir haben aber die maximale Grösse erstellt und Pronovo bezahlt natürlich aufgrund des Abnahmeprotokolls, welches wir dann einreichen. Der Betrag bezieht sich auf die 29.7 Kilowatt Peak, welche die Anlage hat. Deshalb werden wir dort 11'305 Franken bekommen. Das wird dazu führen, dass wir das so im Verbuchungsnachweis haben, aber es hat keinen Einfluss auf die Bauabrechnung, welche wir Ihnen vorgelegt haben, weil wir ja brutto abrechnen. Die 2'360 Franken oder 11'305 Franken werden

Thomas Zemp
(Die Mitte)

nicht abgezogen und es gibt einen Nettobetrag, sondern wir rechnen über den vollständigen Aufwand, der angefallen ist, ab. So gesehen informiere ich Sie einfach darüber, dass wir dort mehr Geld bekommen werden. Dann stimmt es vielleicht auch mit den Beträgen überein, welche Sie bekommen, wenn Sie selbst eine Anlage bauen.

Abstimmung Beschluss:

Die Abrechnung über den Sonderkredit Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld im Betrag von 3'554'885.69 Franken wird einstimmig mit 27 Stimmen genehmigt.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

4. Postulat Nr. 2024-787 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: E-Counting für die Auszählung der Stimmzettel prüfen

Seit 2018 können Luzerner Gemeinden bei Abstimmungen die Stimmzettel auch elektronisch auszählen lassen. Der Regierungsrat hat eine entsprechende Verordnung im April 2018 in Kraft gesetzt. Die Stadt Luzern setzt seit November 2018 ein entsprechendes System erfolgreich ein. Bei einer Einführung des E-Counting würde bei Abstimmungsfragen nicht mehr mit «Ja» oder «Nein» auf Abstimmungsfragen geantwortet werden, sondern es muss ein Kreuz in das entsprechende Abstimmungsfeld gesetzt werden. So kann der Scanner den Stimmzettel lesen, pro Stunde rund 6'000 bis 7'000 Stimmzettel. Jeder eingescannte Stimmzettel kann auf dem Bildschirm betrachtet und mit dem Original-Stimmzettel verglichen werden. Unklare Antworten – zum Beispiel kein korrektes Kreuz oder ein Kreuz über mehrere Felder – werden vom System aussortiert und angezeigt. Die Urnenbüromitglieder kontrollieren diese mangelhaften Stimmzettel am Bildschirm. Sie entscheiden, ob die Antworten trotzdem klar einem Ja oder Nein zuweisbar sind oder ob sie allenfalls als ungültig erfasst werden müssen. Der demokratische Prozess und die Kontrolle sind so sichergestellt.

Stefan Maissen (FDP)

Was sind die wichtigsten Argumente für E-Counting?

- E-Counting ist sicherer und weniger fehleranfällig.
- E-Counting ist effizienter, pro Stunde können rund 6'000 Stimmzettel verarbeitet werden.
- E-Counting kann unter dem Strich günstiger als die Auszählung von Hand sein.

Ich bin der Meinung, eine Umsetzung – falls sinnvoll und wirtschaftlich - fügt sich gut in die Horwer Digitalstrategie ein. Darum danke ich dem Gemeinderat für die Prüfung dieses Anliegens.

Wir haben das Postulat und auch unsere Unterlagen angeschaut und gesehen, dass wir das Anliegen im Jahr 2017 schon einmal geprüft haben. Damals hätte eine solche Maschine rund 100'000 Franken gekostet. Der Investition von 100'000 Franken hat man den Nutzen und die Finanzierung gegenübergestellt. Da kam man zur Berechnung, dass man pro Abstimmung rund 600 Franken Personalkosten im Urnenbüro einsparen würde. Bei vielleicht vier Abstimmungen im Jahr wären das rund 2'500 Franken, womit die Amortisation circa 40 Jahren gedauert hätte. Damals kam man zur Überzeugung, dass es nicht gemacht werden soll. Das war 2017 – jetzt sind wir acht Jahre später - was im digitalen Bereich eine Ewigkeit ist. Wir sind davon überzeugt, man sollte das jetzt noch einmal anschauen. Vielleicht gibt es günstigere Möglichkeiten und es gibt auch Gemeinden, welche das im Einsatz haben, auch schon über Jahre. Darum sind wir bereit, das Postulat entgegenzunehmen und das zu prüfen.

Gaudenz Zemp (FDP)

Das Postulat wird vom Gemeinderat entgegengenommen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

5. Postulat Nr. 2024-788 von Leo Camenzind, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Gemeindehausgärteli (Espenwäldli) aufwerten

Seit ich im Rat bin haben mehrere Postulanten - circa fünf von links bis rechts - betreffend Belegung und Gestaltung des Dorfzentrums Vorstösse eingereicht. Eines der effektivsten dieser Postulate war die Betonbank zwischen Horwerhalle und Schulhaus Zentrum. Es belebt nicht nur das Dorfzentrum, sondern bringt auch Jung und Alt zusammen und das war ein Anliegen der Bevölkerung. Das vorliegende Postulat geht in die gleiche Richtung. Es geht um eine Umgestaltung/eine Neugestaltung eines bestimmten Ortes, wo die Bevölkerung im Dorfzentrum entsprechend verweilen würde. Mit dem Espenwäldli - es ist ein Espenwäldli, kein Birkenwäldli, so habe ich lernen müssen - haben wir im Sommer einen doch eher kühlen und zentral gelegenen Aufenthaltsort mitten im Dorf.

Leo Camenzind
(Die Mitte)

Leider präsentiert sich dieser Ort heute als ein Ort, wo Stühle angekettet sind. Und wir haben es vorher bei der Fragestunde gehört, wir haben momentan keine Probleme mit irgendwelchen Gruppierungen, welche Vandalenakte machen oder was auch immer. Sondern, das haben wir auch im Postulat bereits beschrieben, dass wir massive Bänke und Tische hinstellen möchten, dass diese wirklich an Ort und Stelle bleiben und nicht wie die Stühle, welche angekettet werden müssen. Man kann damit verhindern, dass diese versetzt oder weggetragen werden. Ein solch umgestalteter Ort kann für den Wochenmarkt attraktiv werden, dass die Leute sich da niederlassen, beziehungsweise auch für Kulturanlässe, welche wir auf dem Platz schon hatten, ist es eher «anmächlich», dass man sich da verweilt. Weiter haben wir bei der Prüfung des Postulates geschrieben, dass man das, was man früher vermehrt in einem Dorfzentrum gefunden hat, dass es einen Brunnen hat, wo man Trinkwasser bekommt, beziehungsweise heutzutage, dass man einen Trinkwasserspender oder eine andere Möglichkeit in Betracht ziehen kann. Ich bin überzeugt, dass das Postulat der Bevölkerung einen neuen und schönen Aufenthaltsort geben wird und auch dementsprechend von der Bevölkerung geschätzt wird.

Herr Camenzind hat es richtig gesagt: es gab sehr viele Vorstösse, welche sich um das Gebiet um den Gemeindehausplatz bemühen und die Gemeinde sieht auch, dass es ein Bedürfnis ist, dass wir den Platz neu gestalten. Wir sind aber der Meinung, dass man das gesamtheitlich angehen muss und wir sind daran, ein Verfahren aufzugleisen, in welchem die Marktgasse und der Gemeindehausplatz miteinander einbezogen werden, um eine Aufwertung zu erreichen. Es sind ganz unterschiedliche Gebiete. Der Gemeindehausplatz, da gehört auch das Espenwäldli dazu, gehört der Gemeinde, da ist man relativ frei. Bei der Marktgasse sind auch andere Miteigentümer betroffen. Und mit denen muss man sich natürlich an den Tisch setzen, denn es macht auch Sinn, dass man den Gesamtperimeter anschaut, dass die Gestaltung auch in einem gleichen Guss daherkommt und dass es kein Flickwerk gibt. Es sind verschiedene Ansprüche zu berücksichtigen. Auf der einen Seite das rein Praktische, zum Beispiel die Zufahrt von Lieferanten, die Zufahrt der Post, welche ja auch die Briefkästen bedienen. Sie sagen, wenn sie nicht mehr zufahren dürfen, dann werden sie die Briefkästen nicht mehr bedienen. Dann haben wir auch noch die Feuerwehrezufahrt. Dann gibt es weiter auch das Bedürfnis nach freien Flächen, damit man auch grössere Veranstaltungen durchführen kann, Zelte stellen etc. Wir haben im Bereich Immobilien ein solches Verfahren gestartet. Wir haben uns bereits mit den verschiedenen Grundeigentümern zu Besprechungen getroffen und müssen uns über den Kostenteiler einig werden. Das Projekt wird dem Gemeinderat zusammen mit dem Perimeter vorgelegt. Auch noch beabsichtigt ist eine externe Begleitung, damit die Mitwirkung nicht zu kurz kommt. Sobald wir da mehr wissen, werden Sie wieder informiert.

Astrid David Müller
(SVP)

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Dieser Vorstoss hat in unserer Fraktion zu längeren Diskussionen geführt und wir waren uns am Schluss nicht sicher, ob wir der Entgegennahme opponieren sollen. Ich bin sehr froh um das, was Frau Astrid David Müller gesagt hat, sonst wäre es nämlich nicht so sicher gewesen. Es ging genau darum: wir finden, es kann nicht sein, dass man jetzt für jede Ecke auf diesem Platz einen separaten Vorstoss machen muss, wo doch in den letzten paar Jahren so viel eingegangen ist bis zu Motionen, welche dann in Postulate umgewandelt wurden etc. Ich wäre sehr froh, Sie könnten noch ein bisschen ausführen, in welcher Form, Breite und Ansprechpersonen die Mitwirkung stattfindet. Ob da die Bevölkerung eingeladen ist, ob die Politik eingeladen ist und wie das geplant ist, dass das abläuft.

Philipp Peter (L20)

Deshalb machen wir eine externe Begleitung, welche sich gewohnt ist, solche Verfahren aufzugleisen. Die genaue Art und Weise, wie die Mitwirkung stattfinden soll, haben wir noch nicht definiert. Aber es ist klar, es ist sicher die Bevölkerung auf der einen Seite, bei der sozialräumlichen Gestaltung ist auch die Mitarbeiterin dabei. Da geht es wirklich darum, dass man möglichst versucht, die Bedürfnisse abzudecken, was auch vor allem von der Gemeinde her wichtig ist. Für die Grundeigentümer ist das weniger wichtig und wenn da vielleicht Ergebnisse rauskommen, dann wird die Gemeinde das tragen müssen, auch das ist ein Thema des Kostenteilers. Aber es soll sicher breit sein. Wichtig ist aber auch, dass es keine Enttäuschungen gibt. Die Leute müssen klar sehen, welche Eckpunkte oder zwingende Bedingungen erfüllt werden müssen. Nicht, dass es eine Mitwirkung gibt, welche schon Frustrationen hinterlässt, wenn man das Gefühl hat, man ist nicht gehört worden. Da muss ganz genau definiert werden, was überhaupt möglich ist. Das ist sicher eine anspruchsvolle Aufgabe.

Astrid David Müller
(SVP)

Danke für die Ausführungen. Ich glaube, das ist etwas ganz Wichtiges, was Sie gesagt haben, dass am Schluss keine Enttäuschungen stattfinden sollen. Und genau darum ist es mir nochmals wichtig zu betonen, dass wir mit den vergangenen Vorstössen auch keine Enttäuschungen erleben wollen und nach wie vor auf eine massive Veränderung dieser Örtlichkeiten hoffen und erwarten. Mit ein bisschen Farbe und ein paar Sitzgelegenheiten ist es nicht gemacht. Es geht um eine Entsidelung, es geht um Begrünung, Überdachung – also dass es dann wirklich eine grosse und starke Veränderung geben wird. Das ist die Erwartung der Fraktion L20/Junge L20.

Philipp Peter (L20)

Das Postulat wird vom Gemeinderat entgegengenommen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

6. Postulat Nr. 2024-790 von Christian Meyer, Die Mitte, und Mitunterzeichnende: Sicherer Einstieg Badeplatz Ennethorw (Seerosenweg)

Vorab: Es freut mich sehr, heute mein erstes persönliches Postulat vorzutragen. Ich habe bereits diverse positive Rückmeldungen dazu erhalten.

Christian Meyer
(Die Mitte)

Das in der letzten Zeit sehr stark gewachsene Gebiet Ennethorw mit vielen Wohneinheiten hat viele Familien und auch ältere Personen angezogen. Der Badeplatz in Ennethorw am Seerosenweg ist beliebter denn je. Im Sommer ist deshalb der Badeplatz in Ennethorw von Personen jeglicher Altersstufe sehr gut besucht. Der aktuelle Einstieg in den Vierwaldstättersee ist hingegen nicht einladend und unsicher. Die grossen Steine sind glitschig und zum Teil scharfkantig. Dies entspricht nicht einem sicheren und geeigneten Einstieg in den See.

Diverse gute Beispiele gibt es in Horw bereits und entsprechend bitte ich den Gemeinderat, folgendes zu prüfen:

- Sicherer Einstieg beim Badeplatz Ennethorw (z.B. Treppe oder Handlauf analog Seestrasse, Rampe oder dergleichen)

- Barrierefreie Zugang zur kleinen Liegewiese und Seezugang wenn möglich
- Projektkosten
- Auskunft Zeithorizont, Planung und Ausführung

Ich bitte den Gemeinderat, das Postulat entgegenzunehmen.

Das Thema ist nicht ganz neu. Wir haben im Jahr 2023 unser Werterhaltungskonzept Seeufermauern aktualisiert und haben bei der Inspektion ebenfalls festgestellt, dass es in diesem Abschnitt Handlungsbedarf gibt. Wir haben deshalb auch entsprechende Massnahmen in das Finanzierungskonzept aufgenommen und haben eine Umsetzung für das Jahr 2028 vorgesehen. Das ist auch so im AFP eingestellt. Aufgrund des Postulats können wir aber durchaus die Massnahmen auf den Winter 2026/27 vorverlegen. Das bedeutet dann, dass wir bereits im Jahr 2025 mit der Projektierung, also mit dem Vorprojekt und dem Bauprojekt starten würden. Betreffend eines barrierefreien Zugangs stellt sich jetzt natürlich noch die Frage, was man damit genau meint? Es gilt dann auch die Verhältnismässigkeit und die Machbarkeit zu klären. Wir machen aktuell im Sternenmätteli einen barrierefreien Zugang zum See. Das ist eine recht aufwändige Geschichte, diese Rampen dort zu bauen, man kann das jetzt gerade anschauen, wie das gemacht wird. Das Detailprojekt wird zeigen, was möglich ist. Solche Rampen nehmen Platz auf der Liegefläche weg, und die ist da bereits knapp.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir werden das im AFP vorziehen und abbilden und hoffen, dass wir das zeitnah im Winter 2026/27 umsetzen können. Was es nicht geben wird, ist das Aufzeigen der Projektkosten; diese werden wir im Rahmen des AFPs aufzeigen. Es handelt sich nicht um ein Projekt, welches in den Einwohnerrat kommt, es wird ein Bauprojekt geben, welches in die Auflage kommt. Sobald wir den Kredit im Budget haben, kann es umgesetzt werden.

Das Postulat wird vom Gemeinderat entgegengenommen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Ich opponiere nicht. Ich möchte einfach dem Gemeinderat mitgeben, dass wir sowohl im Sternenmätteli wie auch im Seerosenweg direkt in die Flachwasserzone kommen, in welcher zusätzliche Anforderungen in Bezug auf den Naturschutz gelten. Ich bitte Sie, das bei der Planung zu berücksichtigen.

Urs Steiger (L20)

Abstimmung:

Der Einwohnerrat stimmt der Diskussion mit 20:1 Stimmen, bei 5 Enthaltung zu.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Betreffend sicheren Einstieg hat die SVP Bedenken, und zwar wegen der Kostenentwicklung. Immer mehr Einwohner melden ihre Bedürfnisse bei der Gemeinde an. Zur Sicherung des Badeplatzes Seerosenweg hat die Gemeinde Horw eine Hinweistafel mit einem Rettungsring aufgestellt. Heute der sichere Einstieg - morgen eine Dusche und übernächstes Mal eine Umziehkabine. Man fordert von der Gemeinde immer mehr. Die SVP Horw hat Bedenken, dass der sehr schöne Badeplatz mit Rampen und allem drum und dran mehr Leute anzieht und irgendwann gar kein Platz mehr da ist, um ein Badetuch hinzulegen um dort zu «sönnele». Darum geht es mir. Und je mehr Einwohner diesen Badeplatz nutzen, umso mehr Unfälle kann es geben. Meine Frage ist: Ist die Gemeinde als Werkeigentümerin trotz der Warntafel für jede Haftung zuständig?

Maximilian Holzer
(SVP)

Es ist so, wenn wir eine Rampe machen, ist man Werkeigentümer und wenn diese fehlerhaft ist, dann ist man zuständig und auch haftbar. Da ist man sogar streng haftbar. Werkeigentümerhaftung ist eine Kausalhaftung und da muss ich nachweisen, dass mich kein Fehler trifft und das Werk nicht mangelhaft ist, dass wir aus der Haftung herauskommen. Ein Stein in einem See ist kein Werk, da haften wir nicht dafür, das ist

Astrid David Müller
(SVP)

Eigenverantwortung. Das andere ist ein Werk und dafür wäre die Gemeinde verantwortlich.

Das Postulat wird vom Gemeinderat entgegengenommen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

7. Postulat Nr. 2024-791 von Leo Camenzind, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Geräte der Gemeinde komplett auf Elektro umstellen

Ich glaube, wir haben es im Herbst alle gehört, als die Helfer von unserem Werkdienst angelaufen sind, da ist es entsprechend laut geworden, je nachdem, wo man war. Insbesondere die Zweitaktmotoren, welche Gemisch verbrennen, sind hochtourig und dementsprechend laut und nicht optimal für das Klima. Ein Beispiel sind Motorsägen, solche hochtourige Zweitakter, welche entsprechend viel Lärm verursachen.

Als Beispiel: ich musste meine Thujas leider entsorgen, weil sie eine Krankheit erwischt haben. Der Gärtner kam und hat die Wurzeln abgehauen, weil die Wurzeln Steine beinhalten, und das mag der Häcksler nicht. Der Gärtner kam mit der Elektro-säge und der Nachbar hat gar nicht gemerkt, dass etwas passiert ist. Der Gärtner hat die Thuja abgeschnitten, hat diese mitgenommen und das wars. Es zeigt sich auch im Unterhalt, wo unser Werkdienst vermehrt unterwegs ist, er ist kein Leistungsbringer, der ganze Wälder umgestaltet oder rausholt, wo er entsprechend leistungsstarke Geräte haben muss. Aber es braucht das eine oder andere leistungsstarke Gerät, dass man solche grösseren Arbeiten auch ausführen kann.

Leo Camenzind
(Die Mitte)

Mit dem Postulat möchten wir die Ergänzung zu unserem Postulat Nr. 2019-697 weiterführen, in welchem es darum ging zu prüfen, dass die Fahrzeuge, wenn sie neu beschafft werden, mit Elektro betrieben werden können. Insbesondere, wenn man den Unterhalt beziehungsweise auch die Fitmachung für CO²-Neutralität anstrebt, dass man da auch eine Photovoltaik-Anlage drauf hat und dementsprechend auch mit dem eigenen Strom laden kann. Die Gemeinde Kerns als Beispiel plant einen kompletten Umstieg auf Elektrogeräte. Sobald ein Gerät nicht mehr arbeitstüchtig ist, ist die Neubeschaffung möglichst mit Elektro zu ersetzen. Darum bin ich überzeugt, dass auch Horw die Zeichen erkannt hat und das Postulat entgegennimmt.

Die Haltung der Gemeinde Horw unterscheidet sich nicht von der zitierten Haltung der Gemeinde Kerns. Bereits heute setzen wir Elektrogeräte ein oder kaufen neue, soweit das natürlich technisch möglich ist. Und auch der Werkdienst, der auch gegen aussen auftritt, macht das in verschiedenen Hinsichten.

Wir haben bereits sehr viele Elektrogerätschaften und Elektrofahrzeuge. Ich zähle das mal auf, ich habe die aktuelle Liste vom Werkdienst erhalten:

Fahrzeuge: Strassenreinigungsmaschine / Dreiseitenkipper / Abfallfahrzeug

Gerätschaften: 6 Heckenscheren / 1 Stangenheckenschere / 3 Motorsägen / 1 Trimmer / 2 Laubbläser / 1 Elektrorasenmäher

Friedhof: 1 Laubbläser / 2 Heckenscheren / 1 Stangenheckenschere / Pneu-lader / Treppenraupenlift

Astrid David Müller
(SVP)

Die Dächer des Werkhofs, der Horwerhalle und des Feuerwehrgebäudes werden mit Solarpanelen ausgestattet, deshalb ist es auch das Ziel, einen möglichst hohen Eigenverbrauch zu erreichen, was natürlich sehr gut mit elektrobetriebenen Geräten und Maschinen erreicht werden kann.

Wir sind also auf dem Weg und von daher sind wir selbstverständlich bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Es geht mir einfach darum, dass man sieht, dass wir das effektiv schon lange so handhaben, dass Geräte, welche aussteigen oder man nicht mehr brauchen kann, auf elektrisch umgestellt werden.

Das Postulat wird vom Gemeinderat entgegengenommen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

8. Postulat Nr. 2024-792 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Prüfen, ob Fördergesuche für Energie in Horw über das Portal «Das Gebäudeprogramm» zu erfassen sind

Als Energiestadt unterstützt die Gemeinde Horw das Engagement von ihren Einwohnerinnen und Einwohnern im Bereich Energie mit Beratungen, Informationen und Förderbeiträgen. Unter «Online-Dienste» finden sich die passenden Gesuchsformulare zu den einzelnen Angeboten als pdf - aktuell sind es, so glaube ich - 13. Das Förderprogramm Energie des Kantons Luzern bietet für die Gesuchserfassung ein Onlinetool an, welches wiederkehrend für sämtliche Förderbeiträge verwendet werden kann. Mit der Verwendung des Tools entfällt eine manuelle Erfassung der Daten auf einem pdf-Formular. Alle Daten der Liegenschaft sind archiviert und einseh- und aufrufbar. Diese können jederzeit für ein neues Gesuch wieder aktiviert werden. Die Stadt Luzern hat das bereits erfolgreich umgesetzt und ist sehr glücklich damit. Ich bin der Meinung, eine Umsetzung würde unserer Gemeinde Horw gut anstehen und würde sich perfekt in die Horwer Digitalstrategie einfügen. Darum danke ich dem Gemeinderat für die Prüfung dieses Anliegens.

Stefan Maissen (FDP)

Heute haben wir zwölf verschiedene Förderangebote im Bereich Energie. Sieben davon sind Beratungsangebote, wie es Stefan Maissen gesagt hat, und fünf sind Umsetzungsförderangebote. Von diesen zwölf Angeboten überschneiden sich heute fünf mit denen des Kantons. Und was auch noch wichtig ist: wir haben im Moment etwa 100 Fördergesuche in diesem Bereich pro Jahr.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Wir haben ein paar Abklärungen gemacht, was es bedeuten würde, das zu integrieren. Es ist aus Sicht des Gemeinderats grundsätzlich eine gute Sache, wenn man das machen würde. Es bedingt aber einen gewissen Aufwand. Wir haben das mit der Firma IWF-Web-Solutions angeschaut, sie gehen von einem Initialaufwand von 20'000 bis 25'000 Franken aus, um unsere Infrastruktur dort anzubinden. Danach gibt es eine jährliche Pauschale von 5 Rappen pro Einwohner, um das zu betreiben für das Hosting und die Wartung, das ist dann nicht mehr viel. Die Ausgangslage ist – Sie haben es gesagt Herr Maissen - es passt gut in unsere Strategie rein. Aber Strategie heisst eben, es ist noch nicht umgesetzt. Und deshalb nehmen wir es gerne in unsere Strategie auf. Es wäre der falsche Zeitpunkt, das jetzt zu machen, da wir gerade vor einer Erneuerung unserer Web-Infrastruktur stehen. Wir sind der Meinung, dass wir das Anliegen in das Projekt der Erneuerung dieser Web-Infrastruktur aufnehmen sollten, dass wir das dort so anhängen könnten, sodass wir es nicht zweimal umsetzen müssen.

Wir sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen, aber es wird nicht heute oder morgen umgesetzt. Jetzt kommt wahrscheinlich die berechtigte Frage, wann unsere Web-Infrastruktur angepasst wird, da müsste ich entweder Gaudenz Zemp oder Hans-Ruedi Jung das Wort übergeben. Ich weiss nämlich nicht auswendig, wann wir unser Web erneuern.

Abstimmung:
Der Einwohnerrat stimmt der Diskussion mit 27:0 Stimmen zu.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Ich erlaube mir eine kurze Bemerkung. Als wir im Einwohnerrat den Energiefonds beraten haben, war genau das ein Antrag der L20, dass man die Hürden senkt, das einfacher gestaltet und zum Beispiel - wir haben auch das Beispiel gebracht - über solche webbasierten Zugänge einfacher zu den Gesuchsstellungen kommt. Ich möchte

Philipp Peter (L20)

einfach daran erinnern, dass unter anderem der Postulant es damals abgelehnt hat und gegen den Antrag gestimmt hat. Es freut uns natürlich, dass dieser jetzt kommt.

Ich komme mit einem konkreten Umsetzungsvorschlag und das ist der Unterschied zum damaligen Vorschlag.

Stefan Maissen (FDP)

Das Postulat wird vom Gemeinderat entgegengenommen.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

9. Dringliche Interpellation Nr. 2024-787 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Sichere Kindergartenwege für Horwer Kinder

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 30. Januar 2025 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant zufrieden mit der Beantwortung?

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Ich bin zufrieden mit der Antwort. Danke für die schnelle, ausführliche und teilweise selbstkritische Beantwortung.

Philipp Peter (L20)

10. Interpellation Nr. 2024-783 von Jonas Heeb, L20, und Mitunterzeichnenden: Preisgünstiger Wohnraum in Horw

Die Interpellation wurde am 13. Dezember 2024 schriftlich vom Gemeinderat beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Bettina Beck
Bertschmann
(die Mitte)

Ich bin grossmehrheitlich zufrieden und würde gerne noch schnell etwas dazu sagen. Danke für die umfangreiche Beantwortung dieser Interpellation. Vorausgeschickt: Wir anerkennen die Bemühungen der Gemeinde, dass sie dort Einfluss nimmt, wo sie kann. Das ist in dieser Beantwortung auch schlüssig dargelegt, dafür bedanken wir uns. Trotzdem wollen wir noch anmerken, dass es doch ein bisschen seltsam wirkt, dass die Unterstellung der Gemeinde Horw unter das kantonale Gesetz über den Erhalt von Wohnraum ausgeschlossen wird - ziemlich deutlich ausgeschlossen wird. Denn in der Interpellation wird ja gesagt, dass der Spielraum der Gemeinden eben eingeschränkt ist. Diese Unterstellung unter das Gesetz würde dem Gemeinderat ja genau diesen Spielraum ermöglichen, um Wohnraum zu erhalten und vor allem günstig zu behalten. Das wäre insbesondere dann ein Vorteil, wenn - wie es auch in der Interpellation steht - gerade baugenossenschaftliche Wohnungen durch die Baukosten, eben nicht günstig angeboten werden können. Im Übrigen zeigen als Beispiel die Mietzinsen der Wohnungen der Korporation an der Allmendstrasse, sagen wir zumindest, dass vernünftige Preise bei Neubauten durchaus möglich sind. In diesem Sinne ist das Thema sicher im Auge zu behalten, wobei wir die Antworten auf unsere Fragen als eine gute Bestandesaufnahme erachten. Vielen Dank.

Jonas Heeb (L20)

Ich muss die Diskussion zur Diskussion nicht beantragen, da Herr Heeb ja bereits eine Wortmeldung dazu gehalten hat. Ich hätte zu dieser Interpellation noch eine Frage und eine Bemerkung – vielleicht ist es auch eine Feststellung.

Jürg Biese (FDP)

Zu meiner Frage: Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort auf die Interpellation von Jonas Heeb auf der Seite 5 oben, dass gemäss Aussage des Kantons bis im Sommer 2025 mit der Genehmigung der Teilrevision der Ortsplanung durch den Kanton zu rechnen sei. Diese Aussage suggeriert, dass es eine Genehmigung werden wird. Ist dem wirklich so, oder müsste es eher heissen, dass einfach mit einer Rückmeldung des Kantons zu rechnen ist? Die Information ist für bauwillige Bauherren relevant, welche gerne wüssten, ob sie ihre Baugesuche noch nach altem und neuem, oder ab dem

Sommer nur noch nach dem neuen Bau- und Zonenreglement ausarbeiten und einreichen müssten.

Ich erlaube mir gerade noch meine Bemerkung zu S. 6 der Antwort anzubringen. Da steht, dass selbst wenn nicht eine maximale Rendite angestrebt werde, in Horw preisgünstiger Wohnraum nicht, oder nur sehr schwer, zu realisieren sei. Diese Aussage zeigt, wo meiner Ansicht nach das Problem liegt, nämlich, dass fast selbstredend immer von einem maximalen Profit ausgegangen wird. Es versteht jeder, dass das eine äusserst ungünstige Voraussetzung für die Realisierung von preisgünstigem Wohnraum, und deshalb das aus meiner Sicht eine unglückliche Formulierung in der Antwort des Gemeinderates ist. Interessant wäre vielmehr eine Aussage, wie es aussehen würde, wenn Bauherrn bereit wären, den Profit auf ein vernünftiges oder gar minimales Mass zu reduzieren. Das braucht einen gewissen Idealismus, das ist klar. Allenfalls könnte man aber den Bauherrn einen anderen Anreiz als einen kommerziellen bieten. Profitgetrieben wird preisgünstiger Wohnraum – das ist meine Überzeugung – sicher schwierig möglich sein.

Betreffend der Rechtskraft der Teilrevision der Ortsplanung: Ich kann natürlich nicht jetzt entscheiden über ein anderes Gremium, welches entscheiden muss. Ich kann keine Termine verbindlich in Aussicht stellen. Es ist uns auch klar, dass es relevant ist für die, die bauen wollen. Wobei ich immer festhalten muss, man kann heute natürlich bauen, man muss halt einfach beide Rechte erfüllen. Es gibt viele, welche bauen, insbesondere werden Renovationen gemacht, zum Beispiel Balkonbauten und so weiter. Da läuft immer etwas.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Wir sind guter Hoffnung, dass die Teilrevision der Ortsplanung bis zum Sommer rechtskräftig wird. Wieso es sich so lange verzögerte? Es ist jetzt fast ein Jahr her seit der Volksabstimmung. Es hängt mit sechs Beschwerden zusammen, welche im Moment noch schriftlich laufen oder gelaufen sind. Wir haben aber dem Regierungsrat den Antrag gestellt, dass er prüfen soll, eine Teilgenehmigung zu machen. Das heisst eine Teilgenehmigung von den Sachen, die grundsätzlich die Ortsplanung betreffen. Die Sachen, welche spezifisch einzelne Grundstücke betreffen, dass man diese herausnehmen und später oder parallel weiterbehandeln würde. So gesehen sind wir zuversichtlich, dass wir bis zum Sommer die Rechtskraft erreichen, aber versprechen kann ich es natürlich nicht.

11. Interpellation Nr. 2024-786 von Larissa Lehner, L20, und Mitunterzeichnenden: Trinkwasserqualität

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 17. Januar 2025 schriftlich beantwortet. Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Ich bin zufrieden mit der Beantwortung und möchte mich dafür herzlich beim Gemeinderat bedanken.

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Wir kommen zum Schluss: Bitte senden Sie Ihre Eintreten bis Freitag, 7. Februar 2025 an gemeindekanzlei@horw.ch.

Bettina Beck
Bertschmann
(Die Mitte)

Abmeldungen sind an den Gemeindeschreiber und an die Einwohnerratspräsidentin zu stellen.

Alle Vorstösse sind an die offizielle Adresse gemeindekanzlei@horw.ch einzureichen. Somit ist eine Bearbeitung auch bei Abwesenheiten gewährleistet.

6. Februar 2025
Einwohneratssitzung

Die nächste Sitzung findet am 20. März 2025 statt. Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Bettina Beck Bertschmann
Einwohneratspräsidentin

Maya Niederberger
Protokollführerin

Versand: 26. Februar 2025